

Hermann Kesten-Preis 2012 an Iryna Chalip

Laudatio von Thomas Urban

Vor etwas mehr einem Jahrzehnt ließen erstmals Artikel von Iryna Chalip die deutschen Osteuropa-Experten aufmerken. In ungewöhnlich offener und präziser Weise schrieb sie darin über Korruptionsfälle und Missstände in Weißrussland. Die Experten fragten sich: Ist sie besonders mutig? Oder hat sie starke Beschützer hinter sich und schreibt in deren Auftrag? Mit anderen Worten: Ist sie Instrument in einem politischen Kampf?

Solche Kämpfe gingen in den ehemaligen Sowjetrepubliken bislang immer mit „schwarzer Presse“ einher, mit Verleumdungskampagnen, die meist in Berichten über angebliche Korruptionsfälle ihren Anfang nahmen.

Von wem hat sie die Materialien für ihre Artikel bekommen, all die konkreten Zahlen und Daten? Wer wollte was damit bezwecken? Es ist nun einmal so, dass Informationen über Korruptionsskandale immer aus dem Umfeld der angegriffenen Personen kommen, von unzufriedenen Mitarbeitern oder Beratern, von konkurrierenden Vorstandskollegen oder Parteifreunden.

Jedenfalls ist dies in einem demokratischen Land so, Journalisten bekommen gezielt von interessierter Seite Materialien. Sie liegen ja nicht auf der Straße.

Heute wissen wir, dass Iryna Chalip sich nicht für irgendwelche politischen Ränkespielen in Minsk hat instrumentalisiert lassen, dass sie auch keine Rückendeckung aus Moskau hatte. Wir wissen auch, dass sie großen Mut hatte und dass sie nach wie vor großen Mut hat.

Sie hat selbst berichtet, dass anfangs für sie Fragen wie Menschenrechte und Demokratie keine besondere Rolle gespielt hätten. Sie wollte Theater- und Kunstkritiken schreiben, ganz in der Familientradition. Auch ihr Vater hat dies bereits getan.

Damals, vor zwei Jahrzehnten, als sie ihre Arbeit als Journalistin aufnahm, war die Sowjetunion gerade auseinandergebrochen. Es stand für die Mehrheit der Intellektuellen in den neuen Republiken außer Frage, dass der Weg nur in Richtung Demokratie gehen kann.

Auch im Westen gab es ja damals daran keinen Zweifel. Das Schlagwort vom „Ende der Geschichte“ machte die Runde – Demokratie und Marktwirtschaft hätten das repressive Partei- und Plansystem besiegt und seien ohnehin allen anderen Systemen überlegen. Und damit hätten auch die Prinzipien der Menschenrechte und Menschenwürde gesiegt.

In den ehemaligen Sowjetrepubliken schien es das Hauptproblem zu sein, aus einer Planwirtschaft eine Marktwirtschaft zu machen, die das Fundament einer demokratischen Wohlstandsgesellschaft sein sollte.

Doch bald merkten die Intellektuellen, dass diese gerechte Gesellschaftsordnung nicht von allein kommt. Sie muss erarbeitet, ja, gegen viele Widerstände erkämpft werden.

Iryna Chalip gehörte zu den Journalisten, die begriffen, dass die Schlüssel dazu in der Wirtschaftspolitik liegen, dass ohne funktionierende Wirtschaft die Träume von einer demokratischen Gesellschaft Träume bleiben.

So stellte sie ihre Liebe zu Theater und Kunst erst einmal zurück – und wurde Wirtschaftsredakteurin. In ihren Gesprächen mit Vertretern der neuen Wirtschaftselite, mit Spitzenbeamten und Abgeordneten verstand sie immer mehr, dass das Land ab Mitte der neunziger Jahre von dem auch von ihr erhofften Weg zur Demokratie abkam. Es war ein Weg zurück, den ab 1994 Alexander Lukaschenko einschlug.

Lukaschenko kam durch demokratische Wahlen an die Spitze des gerade erst drei Jahre alten Staates, dies sollte an dieser Stelle nicht vergessen werden. Seine damalige Wahlkampagne hatte eine simple Aussage: Kampf den korrupten Politikern an der Spitze!

So wurde er von der Mehrheit seiner Landsleute zunächst als Saubermann gefeiert, als Volkstribun. Und er versprach die Stabilisierung des Landes. Was er damit meinte, stellte er bald klar: die Rückkehr zum Kommandosystem. Zum großen Marsch zurück gehört nicht nur die Verklärung der Sowjetzeit, sondern auch die praktische Wiederherstellung zentraler Machtmechanismen. Es war ein sehr bewusster Akzent, dass der weißrussische Geheimdienst den Namen KGB behielt. Es waren ja auch dieselben Leute.

Zwangsläufig kehrte somit auch ein Phänomen zurück, das mit dem Untergang der Sowjetunion zumindest in Europa endgültig der Vergangenheit anzugehören schien: das Dissidententum. Als keine Zweifel mehr an der Absicht Lukaschenkos bestanden, einen repressiven, allein auf ihn ausgerichteten Herrschaftsapparat aufzubauen, versuchten viele Bürger Weißrusslands den Gang der Dinge aufzuhalten: Wissenschaftler, Künstler, Politiker, Journalisten. Zu ihnen gehörte Iryna Chalip. Zunächst unauffällig, mit sachlichen Texten über die Staatsverwaltung, über Privatisierung, immer auf nüchterne Daten und Zahlen gestützt.

Sie gehörte zu den Journalisten, die ihren Beruf ganz anders sahen, als einer der Leiter der Presseabteilung des Präsidialamtes in Minsk. Dieser sagte auf einer Abschlussfeier der Absolventen der Journalistikfakultät: „Ihre ehrenvolle Aufgabe wird es nun sein, die Entscheidungen der Inhaber der Macht mit Worten zu illustrieren.“

Kritik am Regime als Straftatbestand

In Weißrussland wurde Kritik am Präsidenten zum Straftatbestand. So wurde Iryna Chalip zur Straftäterin, das erste Mal vor genau anderthalb Jahrzehnten: Sie nahm an einer Demonstration gegen die Politik Lukaschenkos teil. Die Bestrafung erfolgte an Ort und Stelle: Wie Dutzende anderer Demonstranten wurde sie von Polizisten an den Haaren zu Boden gerissen, mit Gummiknüppeln geschlagen und getreten.

In den nahezu vollständig vom Präsidialamt und KGB kontrollierten landesweiten Medien konnte sie bald nicht mehr arbeiten. Doch noch gab es ein paar kleine Redaktionen, die sich dem Druck nicht beugen wollten, die, wenn auch in verschwindend geringen Auflagen, ihre Blätter druckten. Und es gab und gibt ja das Internet. Iryna Chalip schrieb detailgenaue Artikel über die Mechanismen, nach denen die staatliche Wahlkommission und die Verwaltung funktionieren, wie sie sich jeglicher Kontrolle durch die Bürger entziehen. Ihre Redaktion wurde daraufhin beschuldigt, zum Umsturz aufzurufen.

Das war vor einem Jahrzehnt – Weißrussland war bislang kaum in den Focus des Westens geraten. Zwar wurde damals schon Lukaschenkos Herrschaft von den westlichen Regierungen als überaus unerfreulich angesehen, aber auch als eine Art Nachwehen des zusammengebrochenen Sowjetsystems und somit als vorübergehendes Phänomen.

Besonders in der Bundesrepublik gab es damals noch Hoffnung auf eine Demokratisierung Russlands, der lupenreine Demokrat im Kreml sollte es richten. Ja, heute mag dies absurd klingen – aber vor einem Jahrzehnt wurden solche Szenarien in Berlin und auch Brüssel diskutiert: Der Westen und der Kreml erzwingen gemeinsam die Demokratisierung Weißrusslands.

Über Lukaschenko wurden zwar viele schlimme Dinge erzählt, bis hin zur Existenz einer Todesschwadron aus Geheimdienstlern, die politische Gegner ermordet. Aber ein Konzept für den Umgang mit dem „letzten Diktatoren in Europa“, wie er bis heute immer wieder heißt, gab es nicht.

So wurde er von niemandem beim Aufbau seiner „Machtvertikalen“ gestört – „Machtvertikale“, ein Begriff aus dem politischen Vokabular seines Nachbarpräsidenten Wladimir Putin, ein Begriff, den beide positiv meinen. Faktisch umschreibt er die Aufhebung jeglicher Gewaltenteilung. Alles hängt vom Präsidialamt ab, der Präsident bestimmt nicht nur den Regierungsapparat und kontrolliert den Justizapparat, sondern hat auch seine Mehrheit von Claqueuren im Parlament.

Es liegt auf der Hand, dass die Idee von der „Machtvertikalen“ und die Idee vom freien Wort, wie sie auch Iryna Chalip verteidigt, nicht miteinander vereinbar sind. Gegen die Bürgerrechtler, die auf ihre immerhin von der Verfassung garantierten

Rechte pochten, brachte der KGB sein über Jahrzehnte erprobtes Repertoire zur Anwendung: Festnahmen, Haft ohne Kontakt zur Außenwelt, Hausdurchsuchungen, Drohungen, Überfälle, Prügelattacken durch angeblich unbekannte Täter, Einbrüche, Druck auf Arbeitgeber, auf Familienmitglieder – die systematische Erzeugung von Angst und Schrecken. Und es gibt immer wieder ungeklärte Todesfälle in der Umgebung von bekannten Bürgerrechtlern. Angebliche Unfälle oder angebliche Überfälle durch Unbekannte auf Mitarbeiter.

All dies ist seit mehreren Jahren Alltag für Iryna Chalip – weil sie in ihren Artikeln immer noch für eine Gewaltenteilung, für eine offene, demokratische Gesellschaft streitet. Sie beweist seit Jahren ein hohes Maß an persönlichem Mut, wie auch ihr Mann Andrej Sannikau, ein früherer Diplomat. Er gehörte vor zwei Jahren zu den Gegenkandidaten Lukaschenkos bei den Präsidentenwahlen – und bezahlte dafür mit mehreren Verhaftungen, mit Folter im Gefängnis.

Dass es Hunderte mutiger Bürgerrechtler gibt, die nicht nur ihre Berufskarriere, sondern auch ihre Gesundheit, ja, ihr Leben riskieren, wurde spätestens bei den Protesten gegen diese manipulierte Präsidentenwahl klar: Lukaschenko ließ sie niederschlagen, mit selbst in Minsk bis dahin nicht gekannter Brutalität.

Iryna Chalip hat oft betont, dass sie für eine Gruppe von Bürgerrechtlern steht, dass sie Auszeichnungen nur stellvertretend für all diese Mitstreiter annimmt.

Die Lage der weißrussischen Bürgerrechtler wirft drei Fragen auf:

- War die Entwicklung in Weißrussland durch den Westen zu beeinflussen, gar zu verhindern?
- Gibt es Chancen auf eine Besserung der Lage?
- Wie können die demokratischen Gesellschaften im Westen Europas Iryna Chalip und ihren Mitstreitern helfen?

Die erste Frage ist mit einem klaren „Nein“ zu beantworten: Nein, der Westen konnte auf die Entwicklung in Minsk keinen Einfluss nehmen, sie war nicht einmal zu erahnen. Im Fokus der westlichen Regierungen lag im Chaos der ersten Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion Moskau. 1994, dem Jahr des Machtantritts Lukaschenkos in Minsk, glaubten nicht nur westliche Politiker, sondern auch die meisten der in Moskau akkreditierten Auslandskorrespondenten, dass Russland auf dem Weg zur Demokratie sei.

Ein Jahr zuvor, im Oktober 1993, hatte der Kampf um das Weiße Haus in Moskau stattgefunden, das Parlamentsgebäude, das schließlich von Panzern in Brand geschossen wurde.

Wir alle hatten damals geglaubt, es sei das wohl letzte Gefecht zwischen den orthodoxen kommunistischen Kadern und den neuen Demokraten gewesen. Heute wissen wir, dass es anders war: Es gab nämlich einen lachenden Dritten dabei, die

sogenannten Machtorgane: den militärindustriellen Komplex, die Armee und die Geheimdienste.

In Moskau ist die Version verbreitet, dass vor allem die russischen Geheimdienstkader seitdem das überschaubare Weißrussland als Experimentierfeld ansehen und dabei sehr planvoll vorgehen.

Wir wissen nicht, ob es sich dabei um eine der vielen Verschwörungstheorien im Osten Europas handelt. Aber auffällig ist doch, dass Vieles, was in der gelenkten Demokratie Putins Alltag wurde, erst einmal in Weißrussland ausprobiert und umgesetzt wurde: der Einsatz der Steuerbehörden gegen politische Gegner, die Wiederverstaatlichung der wichtigsten Medien, die Inszenierung demokratischer Wahlen, der Straftatbestand der Präsidentenbeleidigung, der Personenkult um das Staatsoberhaupt, die Kontrolle, Schikanie und auch Ausweisung ausländischer Hilfsorganisationen und Stiftungen.

Verteidigerin der demokratischen Werte

Eine Lockerung des weißrussischen Regimes ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Lukaschenko richtet sich offenkundig auf seine ewige Regierung ein. Die Bürgerrechtler in Minsk meinen, er wolle nach den Vorbildern der Herrscher in Nordkorea, Aserbeidschan oder Syrien eine Dynastie gründen. Es wird nicht nur als Laune gedeutet, nicht nur als Ausdruck einer bizarren Persönlichkeitsstruktur, sondern als düsteres Zukunftsszenario, dass er seinem siebenjährigen Sohn eine Marschallsuniform schneidern ließ und ihn bei vielen offiziellen Anlässen als Miniatur-Alter-Ego neben sich auftreten lässt. Auch bei politischen Gesprächen sitzt der Siebenjährige gelegentlich auf dem Schoß des Papas.

Allerdings mag es durchaus so sein, dass die meisten Bürger Weißrusslands sich daran nicht stören, so wie ja auch Lukaschenko sich als „Väterchen Präsident“ lange großer Popularität erfreute. Vielleicht würde er heute noch die Mehrheit bei freien Wahlen hinter sich bringen.

Jedenfalls gibt es keine Umbruchstimmung, geschweige denn, Aufruhrstimmung. Dazu ist der Leidensdruck in der weißrussischen Wirtschaftskrise noch nicht groß genug. Hinzu kommt, dass der Begriff „Demokratie“ für einen Großteil der Bürger mit dem Chaos und der Massenarmut in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verbunden ist.

Die Bürgerrechtler haben also zweifellos nur einen kleinen Teil ihrer Landsleute hinter sich – so wie alle Dissidenten. Um so mehr stellt sich die Frage, wie sie von außen unterstützt werden können. Es versteht sich, dass Politiker bei ihren Gesprächen sich für sie einsetzen sollten – nur: solche Gespräche mit der weißrussischen Führung gibt es seit Jahren nicht.

Auch wäre es ja fraglich, ob Appelle an die Führung Sinn hätten: Schon im Denken sowjetischer Herrscher und Geheimdienstler gab es nicht das geringste Verständnis für die Rufe nach Rechtsstaat. Sie haben es einfach nicht begriffen, es lag außerhalb ihrer Vorstellungswelt, wie jeder Dissident und auch jeder Auslandskorrespondent, der mit Sowjetfunktionären zu tun hatte, bestätigen kann.

Lukaschenko ist ganz offenkundig ein Beispiel für diese sowjetischen Denkstrukturen, und wohl fast alle Funktionsträger seines Regimes ticken ähnlich.

Wir sehen den Einsatz von Gummiknüppeln und Tränengas, die Massenverhaftungen von Demonstranten als Ausweis der Schwäche eines Regimes an – es fürchtet seine eigenen Bürger. Doch in Minsk sieht man die Einsätze der Polizeitruppe und die Schnellgerichte als Demonstration der Stärke an – man ist stolz darauf, auf diese Weise seine Macht ausspielen zu können, so wie ja auch Marschallsuniformen und Militärparaden Ausdruck der eigenen Stärke sein sollen.

Gespräche mit Vertretern des Minsker Regimes wären äußerst schwierig zu führen:

Politische Häftlinge? – Nein, nur Rowdies sind in Haft, ganz so wie im Westen

Todesstrafe? – Die gibt es auch in vielen US-Bundesstaaten.

Korruption? – In Weißrussland gebe es nur etwa 20 Prozesse gegen korrupte Beamte pro Jahr, in der Bundesrepublik aber 400. So erklärte es ganz ernsthaft ein General der Steuerpolizei vor Journalistikstudenten in Minsk – und es gibt wenig Grund daran zu zweifeln, dass er wirklich glaubt, die bundesdeutsche Verwaltung sei 20-mal korrupter als die weißrussische.

Hinzu kommt, dass gerade die Staaten der europäischen Union wegen der großen Krise bei den östlichen Nachbarn enorm an Autorität und Strahlkraft eingebüsst haben – mit wohl verheerenden Folgen für die Idee der Demokratie gerade bei der jungen Generation in den ehemaligen Sowjetrepubliken, ein Aspekt, der bei unserer Fokussierung auf die Finanzprobleme der Mittelmeerländer in der Europäischen Union völlig übersehen wird.

Auch sind die Möglichkeiten, mit einem Wirtschaftsembargo weiter politischen Druck aufzubauen, weitgehend erschöpft. Sie waren gegenüber Minsk ohnehin nur sehr begrenzt, ganz abgesehen davon, dass Lukaschenko ja schon längst die Kontrolle über die Schlüsselbereiche der Wirtschaft verloren hat – diese werden nämlich von Moskau kontrolliert.

Gespräche mit der Moskauer Führung über die Lage in Weißrussland wären ebenfalls sinnlos. Erstens würde sich der Kreml für nicht zuständig erklären, es handle sich ja um einen souveränen Staat. Zweitens liegt die scharfe Konfrontation zwischen Lukaschenko und dem Westen ja im Interesse Moskaus. Denn so begrenzt er selbst den kleinsten außenpolitischen Spielraum und bleibt völlig von Moskau abhängig.

Es bleiben eigentlich nur zwei Möglichkeiten, Iryna Chalip und ihre Mitstreiter zu unterstützen, beide Möglichkeiten sind auf den ersten Blick vielleicht begrenzt, aber bei näherem Hinsehen durchaus sinnvoll: Erstens, auf allen möglichen Wegen Kontakt zu ihnen halten, sie also moralisch zu bestärken. Und zweitens: Über sie reden, über sie schreiben, ihre Lage und ihr Schicksal immer der Öffentlichkeit in Erinnerung rufen. Bekanntheit im Ausland kann eine Art Lebensversicherung sein.

Und so könnte auch von der Auszeichnung, die ihr nun zugesprochen wurde, eine doppelte Botschaft ausgehen: Anerkennung für die mutige Verteidigung ihrer Werte, die auch unsere Werte sind, gleichzeitig aber auch eine Art Schutzbrief für sie und die ihren.